

DStV-Stellungnahme E 9/25

28. Regime – Ein EU-Rechtsrahmen für Unternehmen

I. Allgemeine Ziele und Zielerreichung

Ausdrücklich unterstützt der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) den Europäischen Gesetzgeber beim Vorhaben die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der Europäischen Union zu stärken und Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten zu fördern.

Die wichtigsten Faktoren für die Erreichung der Ziele für einen wirtschaftlich attraktiven Standort bilden dabei:

- ein konsequenter Abbau von Bürokratie,
- ein zeitgemäßes und global wettbewerbsfähiges Steuerrecht,
- rasche Verwaltungsentscheidungen,
- strukturelle Voraussetzungen für den Einsatz digitaler Technologie,
- eine zukunftsorientierte Ausbildung von (künftigen) Mitarbeitern,
- eine wettbewerbsfähige Kostenstruktur einschließlich der Kosten für Wasser und Energie,
- wirtschaftliche Planungssicherheit durch eine kluge und weitsichtige Außen- und Wirtschaftspolitik,
- die Nutzung des Potenzials des Binnenmarkts und der Märkte von Drittstaaten.

Ein modernes, digitales und weitgehend harmonisiertes Gesellschaftsrecht kann zu einzelnen Punkten, insbesondere zur Nutzung des Potenzials des Binnenmarkts sicherlich einen Beitrag leisten. Ein Allheilmittel für mehr Wirtschaftswachstum ist es aber nicht. Auch ist das Gesellschaftsrecht eng mit anderen Rechtsgebieten, wie dem Steuer-, dem Insolvenz oder dem Arbeitsrecht verwoben. Ein derartiger Eingriff, wie von der EU-Kommission mit der Einführung eines 28. Regimes geplant, hätte zwangsweise auch erhebliche Folgen für diese Rechtsgebiete.

In diesem Kontext verweist der **DStV** auf den Bericht von Mario Draghi „[Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit](#)“. Dort heißt es auf Seite 81:

„Wenn die EU nicht in der Lage ist, eine Sonderregelung für innovative Unternehmen nach normalen Verfahren zu schaffen, könnte im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit der bereitwilligen Mitgliedstaaten ein freiwilliges 28. Unternehmensregelwerk zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über Gesellschaftsrecht und Insolvenzrecht sowie einiger wichtiger Aspekte des Arbeitsrechts und des Steuerrechts, das schrittweise ehrgeiziger gestaltet werden soll, geprüft werden.“

Mario Draghi selbst sieht in einem 28. freiwilligen Regelwerk daher nicht den besten Ansatz.

II. Konkrete Ziele des Vorhabens 28. Regime

Mit ihrem Vorhaben für ein „28. Regime - ein EU-Rechtsrahmen für Unternehmen“ will die EU-Kommission etwa die digitale Gründung von Gesellschaften festschreiben, Kosten für Rechtsberatung bei der Gesellschaftsgründung senken, digitale Gesellschafterversammlungen ermöglichen, schnellere Eintragungen in das Unternehmensregister erreichen, sog. „Killerübernahmen“ einschränken, einheitliche Musterdokumente für die Gründung zur Verfügung stellen oder die Beendigung von Gesellschaften vereinfachen.

Dies sind weitgehend gute Ansätze, die der **DStV** gerne unterstützt.

Gleichzeitig muss der Gesetzgeber die Frage stellen, inwieweit der Vorschlag zur Einführung eines 28. Regimes der richtige Ansatz ist, oder ob nicht auch andere Rechtsinstrumente, wie eine herkömmliche Harmonisierung und Modernisierung des Gesellschaftsrechts in Europa zur Zielerreichung führen könnte

Eine Frage, die die EU-Kommission in ihrem ausführlichen Fragebogen im Wege der öffentlichen Konsultation leider vermieden hat. Stattdessen wird das Rechtsinstrument des 28. Regime als alternativlos dargestellt. Damit verfehlt der Fragebogen seinen eigentlichen Zweck, durch die ganzheitliche Einholung unterschiedlicher Meinungen zu einer besseren Rechtssetzung beizutragen.

III. Potenzielle Gefahren bei der Einführung eines 28. Regimes

Bereits am 14.3.2025 hat der **DStV** in seiner [Stellungnahme zur Start-Up und Scale-Up-Strategie](#) auf Nachteile aufmerksam gemacht, die die Einführung eines 28. Regimes zur Folge haben könnte.

Im Folgenden will der **DStV** auf potenzielle Gefahren hinweisen, die sich durch die Einführung eines gesellschaftsrechtlichen 28. Regimes gemäß den bisherigen Vorstellungen der EU-Kommission ergeben können.

1. Gefahr des Mehraufwands

Im Falle der Einführung einer weiteren Rechtsform und eines weiteren EU-Rechtsrahmens muss der anfallende Mehraufwand für Berater, Rechtsanwender und Finanzverwaltung berücksichtigt werden. Die Betroffenen müssten neben den bestehenden nationalen Bestimmungen zusätzlich auch die Bestimmungen eines 28. Regimes kennen und anwenden.

Damit würde sich der Beratungsbedarf für (künftige) Unternehmer nochmals erhöhen. Die Annahme der EU-Kommission, dass durch eine Einführung eines EU-Unternehmensrahmens im Wege des 28. Regimes und der Möglichkeit einer Gründung online, der Beratungsbedarf von Fachleuten geringer wird, kann dagegen nicht gefolgt werden.

Schließlich würden Unternehmensgründer neben den nationalen Optionen an Gesellschaftsformen zusätzlich auch Beratung über Kosten und Folgen einer zusätzlichen EU-Unternehmensform benötigen. Der **DStV** erwartet deshalb im Falle der Einführung eines Rechtsrahmens eines 28. Regimes einen erheblichen Anstieg der betriebswirtschaftlichen Beratung.

Auch die nationalen Verwaltungen müssen eine weitere Rechtsform und ein weiteres Rechtssystem anwenden können.

Insbesondere im Hinblick auf die Demografie im Arbeitsmarkt, dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge (Boomer) in den Verwaltungen und dem schleppenden Fortschritt bei der Digitalisierung der Verwaltung haben wir Zweifel, dass die Umsetzung eines zusätzlichen Rechtssystems ohne größere Schwierigkeiten und ohne weiteren Aufwand betrieben bewerkstelligt werden könnte.

2. Gefahr des ungleichen Wettbewerbs

Die Einführung eines Rechtsrahmens für ein 28. Regime hätte im Vergleich zu den Unternehmen, die den nationalen Bestimmungen unterworfen sind, unterschiedliche Regeln. Deshalb müsste bei der Einführung eines EU-Rechtsrahmens darauf geachtet werden, dass Unternehmen, mit denen Unternehmen des 28. Regimes im Wettbewerb stünden, nicht unangemessen benachteiligt werden.

Aus diesem Grund sollte geprüft werden, ob nicht bestimmte Maßnahmen innerhalb des

Vorhabens allen Gesellschaften zugutekommen könnten, etwa der Abbau bürokratischer Hindernisse im EU-Binnenmarkt, die Bekämpfung des Fachkräftemangels oder die interessengerechte Förderung der Mitarbeiterbindung. Bestimmungen, die solche Hindernisse beseitigen oder reduzieren, sollten allen Gesellschaften offenstehen. Ansonsten besteht die Gefahr der Wettbewerbsverzerrung

Der **DStV** will an dieser Stelle an den Vorschlag zum gemeinsamen optionalen Kaufrecht (CESL – Common European Sales Law – COM (2011) 0635) erinnern, der vom EU-Gesetzgeber abgelehnt wurde. Die damaligen Gründe hierfür dürften auch im Falle eines Gesetzesvorschlags zur Einführung eines optionalen Unternehmenssteuerrechts für erhebliche Bedenken sorgen. Die damaligen Gründen waren

- Die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen.
- Die Gefahr von Regelungslücken.
- Die Gefahr der Zersplitterung des Rechts anstelle der Rechtsvereinfachung.

3. Gefahr einer nachträglichen Rechtsänderung für Start-Up und Scale-Ups

Kein Unternehmen bleibt dauerhaft Start-Up oder Scale-Up. Dieser temporäre Status eines Unternehmens ist kein geeignetes Abgrenzungsmerkmal für die Wahl einer dauerhaften Rechtsform, wie der eines Rechtsrahmens im 28. Regime. Auch das Abgrenzungsmerkmal „innovativ“ unterliegt oftmals einem Ablaufdatum. Unternehmensstrategien, die vor Jahren noch als innovativ galten, etwa ein Tasten-Mobiltelefon oder ein USB-Stick, wurden durch die technologische Weiterentwicklung längst überholt. Es steht zu erwarten, dass die technologische Entwicklung in den kommenden Jahren noch dynamischer wird und der Status „innovativ“ damit entsprechend schwieriger zu halten sein wird.

Damit Unternehmen, die nicht mehr den temporären Merkmalen „Start-Up“, „Scale-Up“ oder „innovativ“ entsprechen, keine nachträgliche, aufwendige Änderung ihrer Rechtsform und ihres Rechtssystems vornehmen müssen, sollte ein Rechtsrahmen des 28. Regimes im Falle seiner Einführung allen Unternehmen dauerhaft offenstehen.

4. Gefahr des Missbrauchs

Im obigen Zusammenhang weist der **DStV** darauf hin, dass im Falle einer, für Unternehmer vorteilhaften Einführung eines 28. Regimes für Start-Up-/Scale-Up-Unternehmen die Gefahr des Missbrauchs bzw. der Umgehung von Regelungen bestehen könnte. Insbesondere, wenn die Unternehmensform des 28. Regimes für Start-Ups und Scale-Ups vorbehalten sein sollte, stellt sich die Frage, inwieweit die Rechtsform noch anwendbar ist, wenn die Gesellschaft ihren Status als Start-Ups bzw. Scale-Up verliert. Dann könnten auch

die mit der Wahl des Rechtsinstruments verbundenen Vorteile verloren gehen. In diesem Fall könnten Gesellschaften fortwährend Aus- und Neugründungen vornehmen, allein um die bestehenden Vorteile weiterhin nutzen zu können, die Start-Ups und Scale-Ups vorbehalten sind.

5. Gefahr vermehrter Insolvenzen

Unternehmensgründer, die keine individuelle, fachkundige Beratung bei der Unternehmensgründung erhalten, sondern lediglich ein Online-Formular ausfüllen, sind verstärkt der Gefahr ausgesetzt, dass sie falsche Entscheidungen treffen. Dementsprechend besteht die vermehrte Gefahr von Insolvenzen.

Diese dürfte sich noch verstärken, wenn die Unternehmensgründer keine Einzahlung eines Mindestkapitals voraussetzen sollten. Ohne entsprechende Fachberatung, ohne Controlling und eines funktionierenden Forderungsmanagements droht dann bereits nach wenigen Transaktionen die Zahlungsunfähigkeit oder die Überschuldung.

6. Gefahr fehlender Anerkennung bei anderen Wirtschaftsteilnehmern

Gesellschaften, die

- im Vergleich zu anderen Gesellschaften ohne Beratung gegründet werden,
- die unter Umständen kein Mindestkapital aufweisen und
- die einfach beendet werden können,

könnten von anderen Wirtschaftsteilnehmern mit Skepsis oder Ablehnung begegnet werden.

Fehlendes Kapital und niedriger Arbeitnehmer- und Gläubigerschutz könnten dann schnell zu Zweifeln an der Kreditwürdigkeit oder der Verlässlichkeit der Gesellschaft bei Vertragserfüllungen führen. Dann wäre die Akzeptanz dieser EU-Gesellschaften nicht gewährleistet.

IV. Einzelne Punkte des Vorhabens

1. Definition Start-Up/Scale-Up

Eine solche Definition wird nach Einschätzung des **DStV** schwierig zu gestalten sein, da unterschiedliche Start-Ups und Scale-Ups unterschiedliche Strukturen aufweisen, unterschiedliche Geschäftsmodelle verfolgen und unterschiedliche Märkte bedienen. Auch ist, wie unter III. Nr.3 dieser Stellungnahme ausgeführt, ihr temporärer Charakter als Start-Up oder Scale-Up ist zu berücksichtigen.

2. Definition des Merkmals „Innovativ“

Zudem sollte eine Kategorisierung „innovativ“ nicht auf bestimmte Technologien oder auf die Art digitaler Geschäftsprozesse reduziert werden. Schließlich kann auch ein Unternehmen, das einem traditionelleren Sektor angehört, innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln oder ein hohes Skalierungspotential aufweisen.

Außer dem Alter und dem innovativen Charakter des Unternehmens sollte insbesondere auch dessen Geschäftsleitung ein Kriterium für den Erhalt besonderer Förderungen oder Erleichterungen bilden. Gerade Jungunternehmer, die ihre ersten unternehmerischen Schritte wagen, benötigen im besonderen Maße Unterstützung.

3. Digitalisierung im Gesellschaftsrecht

Der **DStV** unterstützt die Bemühungen des Gesetzgebers, Unternehmensgründungen sowie gesellschaftsrechtliche Änderungen in Struktur und Organisation weitgehend zu digitalisieren, soweit damit nicht die Rechte der Organe einer Gesellschaft beschränkt werden. Ein solcher Ansatz kann zu mehr Flexibilität führen und das Interesse ausländischer Investoren an europäischen Gesellschaften erhöhen.

a) Digitale Gesellschaftsgründung

Im Falle einer digitalen Gründung von Gesellschaften im Rahmen des 28. Regimes muss in jedem Fall gewährleistet bleiben, dass nationale berufsrechtliche Vorgaben, Genehmigungen und Eintragungen, etwa bei der Gründung von Gesellschaften der Heilberufe oder der rechtsberatenden Berufe wie Rechtsanwälte, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer berücksichtigt werden. Dies muss ausdrücklich auch für Bestimmungen der Kapitalbindung zur Gewährleistung der Unabhängigkeit von Berufen gelten.

In Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung unterstützt der **DStV** eine schnellere Eintragung von Gesellschaften in die Handelsregister der Mitgliedstaaten.

b) Gesellschafterversammlungen

Der **DStV** unterstützt das Vorhaben flexiblerer und digitaler Gesellschafterversammlungen, solange dadurch die Rechte einzelner Organe einer Gesellschaft nicht eingeschränkt werden. Daher sollten etwa hybride gesellschaftsrechtliche Versammlungen möglich sein.

Diese sollten durch Gesellschaftsvertrag/Satzung aber auch ausgeschlossen werden können.

Die Gesetzgeber sollten zudem darauf achten, dass die gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen offen für die fortschreitenden technologischen Entwicklungen sind, etwa für virtuelle Gesellschafterversammlungen.

Kapitalerhöhungen von Gesellschaften sind ein erheblicher Eingriff in die Rechte der Gesellschafter und müssen weiterhin durch Gesellschafterversammlungen beschlossen werden. Eine flexiblere Handhabung von Kapitalerhöhungen darf die Rechte von Gesellschaftern nicht untergraben.

c) Beendigung von Gesellschaften

Ebenfalls sollten geeignete digitale Instrumente zur Verfügung stehen, damit ein Unternehmen im Fall der Unternehmensbeendigung zeitig aus dem Handelsregister gelöscht werden kann. Dabei dürfen jedoch Gläubiger und Arbeitnehmerrechte nicht eingeschränkt werden.

V. Sonderfall eines gemeinsamen optionalen EU-Steuerrechts

a) Empfehlung an die Mitgliedstaaten

In ihrer Mitteilung „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“ (COM(2025) 30 final) vom 29.1.2025 hatte die EU-Kommission ein sog. 28. Regime angekündigt, das neben Aspekten des Gesellschaftsrechts-, auch das Steuerrecht einbezieht.

Ein Vorhaben zur Einführung etwa eines optionalen gemeinsamen Unternehmenssteuerrechts für innovative Unternehmen würde in die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten fallen.

Aus diesem Grunde sollte in Bereichen, die das Steuerrecht betreffen, allenfalls eine unverbindliche Empfehlung an die Mitgliedstaaten in Betracht gezogen werden.

b) Mitarbeiterbindung

Dies gilt auch für die Besteuerung von Optionen und Anteilen von Mitarbeitern an der Gesellschaft. Hier können die einzelnen Mitgliedstaaten steuerliche Begünstigungen für Optionen und Anteile vorsehen. Allerdings befürchtet der **DStV**, dass der Ansatz zu viel Aufwand in der Kommunikation zwischen Steuerzahler bzw. Steuerberater und

Finanzverwaltung münden dürfte. Der **DStV** weist an dieser Stelle darauf hin, dass neben der Mitarbeiterbeteiligung, die von Investoren häufig kritisch betrachtet wird, auch andere Anreize der Mitarbeiterbindung bestehen können. Dies kann etwa durch die Vereinbarung eines mehrjährigen finanziellen Bonussystems gestaltet werden, wenn ein Mitarbeiter dazu beiträgt, die Ziele der Gesellschaft zu erreichen.

✓ **Fazit:**

Die Einführung eines gemeinsamen gesellschaftsrechtlichen Rahmens im Wege des 28. Regimes ist ein suboptimaler Ansatz zur Harmonisierung des Gesellschaftsrechts in der Europäischen Union. Viele Detailfragen bleiben zudem bisher offen. Der Ansatz kann allenfalls temporär genutzt werden, bis eine weitere Harmonisierung handelsrechtlicher Bestimmungen erfolgt.

Der Ansatz einer Harmonisierung bis hin zu einem gemeinsamen Handelsrecht und damit eines gemeinsamen Gesellschaftsrechts - wurde nicht zuletzt von Enrico Letta vertreten.

Nach Ansicht des **DStV** ist dies der Ansatz, den der Europäische Gesetzgeber konsequent verfolgen sollte. Als Vorlage hierzu kann etwa der Union Commercial Code (UCC) der Vereinigten Staaten dienen, der die Grundlage für ein harmonisiertes Handelsrecht bildet. Auch können die afrikanischen Einheitsgesetze („Actes uniformes“) der OHADA (Organisation pour l'harmonisation en Afrique du Droit des Affaires) ein zielführender Weg zur Erreichung eines Europäischen Handelsrecht darstellen.

Eine vermeintliche Abkürzung dieses Wegs mittels der Einführung eines 28. Regimes mag verlockend sein, da er einfacher zu beschreiten scheint. Eine dauerhafte Lösung stellt er aber nicht dar.

Stand: 20.09.2025

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

DStV statement E 9/25

28th Regime – A single harmonized set of rules for innovative companies throughout the EU

I. General objectives and achievement of objectives

The German Tax Advisors Association / Deutscher Steuerberaterverband (**DStV**) expressly supports the European legislator's efforts to enhance competitiveness of businesses within the European Union and to foster sustainable economic growth across the Member States.

To achieve these goals and to create an economically attractive business environment, the following factors are of key importance:

- Consistent reduction of bureaucratic burdens,
- Modern, globally competitive tax legislation,
- Swift and efficient administrative decision-making,
- Robust structural conditions for leveraging digital technologies,
- Forward-looking education and training for current and future employees,
- A competitive cost structure for EU-companies, including energy and water costs,
- Economic planning security supported by strategic and farsighted foreign and economic policies,
- Full exploitation of the potential offered by both the internal market and third-country markets.

Modern, digital, and largely harmonised corporate law can make an important contribution, particularly by unlocking the full potential of the internal market. However, it is not a cure-all for boosting economic growth. Corporate law is closely linked with other legal areas, such as tax, insolvency, and labour law. Any intervention of the magnitude envisaged by the European Commission, such as introducing a 28th regime, would therefore inevitably have significant repercussions on these interconnected areas.

In this context, **DStV** refers to Mario Draghi's report ["The Future of European Competitiveness"](#). On page 68, the report states:

"If the EU is unable to establish a special regime for innovative companies **under normal procedures**, a voluntary 28th company rulebook harmonising legislation concerning corporate law and insolvency, as well as a few key aspects of labour law and taxation, to be made progressively more ambitious, could be explored under enhanced cooperation by willing Member States."

This clearly shows that Mario Draghi himself does not regard a voluntary 28th regulatory framework as the preferred solution. Instead, he prefers a "normal procedure".

VI. Specific objectives of the 28th Regime proposal

With its proposal for a "28th regime – an EU legal framework for companies", the European Commission seeks to promote the digital formation of companies, lower the costs of legal advice during incorporation, enable digital shareholders' meetings, accelerate entries in company registers, curb so-called "killer takeovers," provide standardised model documents for company formation, and simplify company dissolution procedures.

These are, in principle, constructive and forward-looking measures that the **DStV** is pleased to support. However, legislators must carefully consider whether introducing a 28th regime is truly the most appropriate approach, or whether other legal instruments, such as the conventional harmonisation and modernisation of corporate law in Europe, could achieve the same objectives more effectively.

Regrettably, the European Commission avoided this fundamental question in its comprehensive public consultation questionnaire. Instead, it presented the 28th regime as the sole option under consideration. As a result, the questionnaire fails to fulfil its essential purpose: To support better law-making by collecting a broad spectrum of stakeholder perspectives.

VII. Potential risks associated with introducing a 28th regime

As early as 14 March 2025, **DStV** highlighted in its statement on the [Start-up and Scale-up Strategy](#) the potential disadvantages associated with introducing a 28th regime. In the following, **DStV** outlines the possible risks that could arise from implementing such a regime under company law, based on the current ideas put forward by the European Commission.

7. Risk of additional costs

The introduction of an additional legal form and a new EU legal framework would inevitably create extra work for tax advisors, legal practitioners, and financial administrators. In addition to complying with existing national provisions, these stakeholders would also need to familiarise themselves with and apply the rules of the 28th regime.

This, in turn, would significantly increase the demand for advisory services for current and prospective entrepreneurs. **DStV** therefore firmly rejects the European Commission's assumption that the introduction of an EU company framework, combined with the possibility of online company formation, would reduce the need for external expertise. On the contrary, potential founders would require additional guidance not only on national company forms but also on the costs, implications, and legal consequences of opting for an EU company form. The **DStV** thus anticipates a considerable increase in the demand for business consulting should a 28th regime be introduced.

National administrations would likewise face the challenge of applying yet another legal form and legal framework. Given current demographic trends, the imminent retirement of the so-called baby boomer generation from public administrations, and the slow progress in administrative digitalisation, **DStV** doubts that the implementation of such an additional legal system could be managed without substantial difficulties and significant additional expenditure.

8. Risk of unfair competition

The introduction of a legal framework for a 28th regime would result in different rules compared to companies subject to national regulations. Therefore, when introducing an EU legal framework, care would have to be taken to ensure that companies competing with companies under the 28th regime are not unduly disadvantaged.

For this reason, it should be examined whether certain measures within the project could

benefit all companies, such as the removal of bureaucratic barriers in the EU internal market, combating the shortage of skilled workers or promoting employee retention in a way that is in the interests of all parties. Provisions that remove or reduce such barriers should be open to all companies. Otherwise, there is a risk of distortion of competition.

DStV would like to take this opportunity to recall the proposal for a Common European Sales Law (CESL – COM (2011) 0635), which was rejected by the EU legislator. The reasons given at the time are likely to give rise to considerable concerns in the case of a legislative proposal to introduce an optional corporate tax law. The reasons given at the time were:

- The risk of distortion of competition,
- The risk of regulatory gaps,
- The risk of fragmentation of the law instead of simplification.

9. The risk of subsequent legal changes for Start-ups and Scale-ups

No company remains a start-up or scale-up forever. These are temporary stages in a company's lifecycle and therefore do not provide a suitable basis for determining a permanent legal form, such as the one envisaged under the 28th regime.

Similarly, the criterion of being "innovative" is often subject to change over time. Business models and technologies once considered groundbreaking, such as the keypad cell phone or USB sticks, have long been overtaken by new developments. Given the accelerating pace of technological progress, it will become increasingly difficult to clearly define and maintain the status of "innovative" in the years ahead.

To avoid forcing companies that no longer meet the temporary criteria of start-up, scale-up, or innovative to undergo costly changes to their legal form and governing legal framework at a later stage, the 28th regime, if introduced, should permanently remain accessible to all companies, regardless of their current stage of development.

10. Risk of abuse

In this context, **DStV** highlights the risk of abuse and regulatory circumvention if a 28th regime designed exclusively for start-ups and scale-ups offers significant advantages to entrepreneurs.

A key question arises: What happens if a company initially qualifies as a start-up or scale-up but later loses this status? In such a scenario, the benefits tied to this legal form would also lapse. This could create an incentive for companies to continuously dissolve and re-establish themselves solely to retain the advantages reserved for start-ups and scale-ups, undermining the integrity of the system and creating legal uncertainty.

11. Risk of increased insolvencies

Company founders who set up a business without receiving individual, expert advice and instead merely complete an online form face a significantly higher risk of making misguided decisions. This, in turn, increases the likelihood of insolvency.

The risk is further heightened if company founders are not required to provide a minimum capital contribution. Without proper professional guidance, adequate internal controls, and an effective receivables management system, insolvency or over-indebtedness may occur after only a few transactions.

12. Risk of not being recognised by other economic operators

Companies that:

- are founded without professional advice,
- are not required to provide minimum capital, and
- can be easily dissolved.

May face scepticism or even rejection from other market participants.

A lack of capital combined with insufficient employee and creditor protection could quickly raise doubts about a company's creditworthiness and its reliability in fulfilling contractual

obligations. As a result, the acceptance and trust in such EU companies would not be guaranteed, potentially undermining their competitiveness and integration into the market.

VIII. Individual points of the proposal

4. Definition of Start-up/Scale-up

In the opinion of the **DStV**, formulating such a definition will be highly challenging, as start-ups and scale-ups differ significantly in their structures, business models, and target markets. Moreover, as outlined in Section III, No. 3 of this statement, their temporary nature as start-ups or scale-ups must also be carefully considered.

5. Definition of the characteristic "innovative"

Furthermore, the categorisation of a company as "innovative" should not be limited to specific technologies or the nature of digital business processes. Even companies in more traditional sectors can develop innovative products and services or demonstrate strong scaling potential.

In addition to a company's age and innovative character, the quality and experience of its management should also be considered as a criterion for receiving special subsidies or concessions. Young entrepreneurs, in particular, who are taking their first steps in business, are especially in need of targeted support.

6. Digitalisation in Corporate Law

DStV supports the legislators' efforts to digitise company formations as well as structural and organisational changes under company law, provided that the rights of a company's executive bodies remain fully protected.

Such digitalisation can enhance flexibility and significantly increase the attractiveness of European companies for foreign investors.

d) Digital company formation

For digital company formation under the 28th regime, it is essential to ensure compliance with national professional regulations, approvals, and registration requirements. This is particularly relevant when establishing companies in regulated professions, such as healthcare professions or legal advisory professions, including solicitors, tax advisors, and auditors.

These safeguards must also explicitly cover capital commitment requirements to guarantee the independence of such professions.

In addition, **DStV** strongly supports faster registration procedures for companies in the commercial registers of the Member States, as this would increase efficiency and reduce administrative delays.

e) Shareholders' meetings

DStV supports the introduction of more flexible and digital formats for shareholders' meetings, provided that the rights of the company's governing bodies are fully safeguarded. Hybrid meetings should be permitted under company law, but may also be explicitly excluded through the articles of association or statutes.

Legislators should further ensure that company law remains adaptable to future technological developments, such as fully virtual shareholders' meetings.

Moreover, capital increases represent a significant intervention in shareholders' rights and must continue to require a formal decision by the shareholders' meeting. Any move towards greater flexibility in this area must not undermine these fundamental shareholder rights.

f) Termination of companies

Appropriate digital tools should be made available to enable the timely deletion of companies from the commercial register when they are terminated. However, such procedures must not compromise the rights of creditors and employees, ensuring that their legal protections remain fully intact.

IX. A special case of a common optional EU tax law

c) Recommendation to Member States

In its communication “Competitiveness Compass” (COM (2025) 30 final) of 29 January 2025, the European Commission announced the development of a 28th regime, covering aspects of both company law and tax law.

However, the introduction of an optional common corporate tax law for innovative companies would clearly fall within the competence of the Member States.

For this reason, in matters relating to tax law, only a non-binding recommendation to the Member States should be considered, rather than binding EU legislation.

d) Employee retention

The same considerations apply to the taxation of employee stock options and shares. Individual Member States have the authority to introduce tax incentives in this area. However, **DStV** is concerned that such measures could result in significant administrative burdens for taxpayers, tax advisors, and tax authorities due to the complexity of communication and compliance requirements.

Moreover, **DStV** notes that employee participation schemes are often viewed critically by investors. Therefore, alternative incentives for employee retention should also be considered. For example, companies could introduce multi-year financial bonus systems linked to the achievement of strategic company goals, providing a flexible and potentially more attractive way to retain key staff.

✓ Conclusion:

The introduction of a common company law framework through the 28th regime represents a suboptimal approach to harmonising company law within the European Union. Many detailed questions remain unresolved. At best, this approach could serve as a temporary measure until deeper harmonisation of commercial law provisions is achieved.

The harmonisation of commercial law, leading to a common commercial and company law framework, has been strongly advocated, not least by Enrico Letta.

In the view of the, this is the path that European legislators should consistently and strategically pursue.

The United States' Uniform Commercial Code (UCC), which provides a unified foundation for harmonised commercial law, could serve as a valuable model. Likewise, the African uniform laws (Actes uniformes) developed under OHADA (Organisation pour l'harmonisation en Afrique du Droit des Affaires) may offer important inspiration for creating a European commercial law.

A supposed shortcut through the introduction of a 28th regime may seem appealing at first glance, as it appears easier to implement. However, such an approach does not offer a sustainable or lasting solution for the future of European company law.

As of 20 September 2025

The German Tax Advisors Association (DStV) is the umbrella organisation representing members of the tax advisory and auditing professions at national and international level in dealings with politicians, the executive and other stakeholders. Its 15 member associations voluntarily bring together 36,500 tax advisors, tax agents, auditors, certified public accountants and professional associations, most of whom work in their own offices or partnerships.

The DStV is registered in the European Transparency Register under number 845551111047-04.
